

Wie die nachobligatorische Bildung zukunftsfähiger würde

Der Trend in der nachobligatorischen Bildung, die Institutionen, Angebote und Abschlüsse zu differenzieren, widerspricht dem Strukturwandel in der Arbeitswelt. Der wachsende Anteil von Stellen mit wenig bestimmten Arbeitsanforderungen ruft vielmehr nach der Vermittlung fachübergreifender Fähigkeiten und guter Allgemeinbildung. Von Karl Weber

Wirtschaftliches Wachstum und technischer Wandel, Internationalisierung der Arbeitsmärkte und Unternehmungen, hoher Anteil von Immigranten mit einem Hochschulabschluss, wachsender Druck zu zeitlicher, räumlicher und fachlicher Flexibilität der Arbeitskräfte sowie hohe Arbeitslosigkeitsrisiken der Ungelernten und einzelner Berufsgruppen mit einem beruflichen Erstabschluss fordern die Verantwortlichen im Bildungswesen heraus. Auf diese Probleme hat die Bildungspolitik reagiert. Wie in der Vergangenheit setzt sie auf das Konzept, die konkreten Ausbildungen am Beruf zu orientieren. Mit der Vermittlung von stark spezialisierten, berufsförmigen Fähigkeiten und entsprechenden Orientierungen glaubt man die Beschäftigungschancen der Einzelnen am besten sicherzustellen. Zudem fordert und ermöglicht die Bildungspolitik einen Wettbewerb unter den Bildungsorganisationen, seien diese öffentlich oder privat.

Erosion der Ordnung

Offensichtlich hat die Konkurrenz der Bildungsanbieter die Differenzierung weiter vorangetrieben: Neue Organisationen wurden etabliert, die Programme ausgeweitet, die Abschlüsse vermehrt und teilweise gestuft. Zwar wurde in der beruflichen Grundausbildung die Spezialisierung verringert. Gleichzeitig wurden aber die Abschlussmöglichkeiten erweitert und hierarchisiert (Berufsaftest, Fähigkeitsausweis und Berufsmatur). Die Fachhochschulen wurden etabliert und den

Universitäten formal gleichgestellt. Der Auftrag der höheren Fachschulen wurde jedoch nicht überprüft. Unübersehbar sind etwa in den kaufmännischen Berufen die Überschneidungen der Profile zwischen den höheren Fachschulen, der höheren Berufsbildung und den Fachhochschulen.

In der weitgehend durch die Nachfrage finanzierten Weiterbildung setzt sich der Trend zur Spezialisierung fort. Dies gilt sowohl in der höheren Berufsbildung wie auch auf der Ebene der Hochschule – wenn auch mit Unterschieden nach Ausbildungsbereichen. 2009 boten Hochschulen über 320 Programme mit einem spezialisierten Abschluss eines Master of Advanced Studies an. Im Hochschulbereich selber sind Erstausbildung und Weiterbildung weitgehend voneinander abgeschottet. All diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich die traditionellen Grenzen zwischen den Bildungsbereichen und -organisationen aufgelöst haben und neue Grenzziehungen bestenfalls punktuell erkennbar sind. Zudem kann eine Inflation von Titeln beobachtet werden.

Eine Bildungspolitik, die auf in der Vergangenheit erfolgreiche Konzepte setzt, kann heute nur beschränkt erfolgreich sein. So blendet sie den Strukturwandel in der Arbeitswelt weitgehend aus. Wenig spricht dafür, dass mit einer fortschreitenden Spezialisierung und damit der Perfektionierung des bisherigen Entwicklungspfades die Lernenden angemessen auf die Bearbeitung nicht vorhersehbarer Aufgaben in der Arbeitswelt vorbereitet werden. Dieser Reformweg lässt sich bestenfalls für ausgeprägt berufsständisch besetzte Ar-

beitsfelder (zum Beispiel im gewerblichen Bereich) vertreten, deren Bedeutung jedoch insgesamt abnimmt. In den meisten Fällen dürfte ein anderer Reformweg angezeigt sein: Auf ungewisse Entwicklungen in der Arbeitswelt bereitet sich besser vor, wer sich im Rahmen einer breit angelegten, beruflich orientierten Ausbildung auch eine gute Allgemeinbildung mit überfachlichen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnissen aneignet kann. Dabei liesse sich auch dem wachsenden Anteil wissensbasierter Arbeitsplätze mit wenig bestimmten Arbeitsanforderungen Rechnung tragen.

Bildungspolitischer Handlungsbedarf

Die institutionelle Entwicklung im nachobligatorischen Bildungswesen ist also zu überdenken. Erstens sollte die Bildungspolitik im Interesse der Lernenden die Nachhaltigkeit von Kompetenzen und Diplomen gewährleisten. Die Lernenden sind zu befähigen, ihre Bildungsbedürfnisse zu erkennen und sich entsprechend weiterzubilden. Aus- und Weiterbildung hätten den Arbeitssuchenden Optionen zu eröffnen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Gefüge der Bildungsorganisationen überprüft und der Dynamik der Spezialisierung und Vertikalisierung von Abschlüssen in der Berufsbildung und im tertiären Bereich Grenzen gesetzt werden. Die beschriebenen Entwicklungen stehen in einem Widerspruch zu den sich rasch ändernden Arbeitsanforderungen, zur Tendenz in nichtgewerblichen Betrieben, die Arbeitsteilung

zu verringern, und auch zur Vorstellung, dass heute mehr als früher der Arbeitsplatz auch Lernplatz sein soll. Ohne eine ordnungspolitische Begrenzung der Eigeninteressen der Bildungsanbieter (am eigenen Überleben oder am ökonomischen Vorteil) kann das vorrangige bildungspolitische Ziel jedoch nicht erreicht werden.

Zweitens sollten kurzfristig die Durchlässigkeit zwischen Erstausbildung und Weiterbildung sowie die wechselseitige Anerkennung von Bildungsleistungen besonders im Hochschulbereich verbessert werden. Längerfristig ermöglichen es die Stufung der Abschlüsse und die berufs begleitenden Teilstudien, Erstausbildung und Weiterbildung organisatorisch zu integrieren, die Angebote klar zu profilieren und damit auch die Vielfalt der Abschlüsse zu reduzieren.

Drittens kann eine neu orientierte Bildungspolitik nur dann erfolgreich sein, wenn aufseiten der Arbeitswelt das heute verfügbare und historisch einzigartige Humankapital als Chance wahrgenommen und entsprechend genutzt wird. Dies wird da und dort zu einer Reorganisation und Neuverteilung der Arbeit führen. In diesem Punkt sind öffentliche und private Unternehmungen wie auch die Berufsorganisationen gleichermaßen gefordert. Letztlich trifft diese Verantwortung alle, die schon einen Arbeitsplatz haben.

Karl Weber ist Soziologe und am Professor der Universität Bern. Der Artikel ist eine gekürzte Fassung eines im Rahmen von «Kontrapunkt» erarbeiteten Textes, der von 18 Mitgliedern dieses Rates für Wirtschafts- und Sozialpolitik mitunterzeichnet worden ist.